Thorner Zeitung



Gegründet anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker u. Podgorz 3.00 Mk., monatl. 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatl. 1.20 Mk., bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatl. 1,20 Mk., durch Briefträger ins Haus gebr. 4.02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11. Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. = Fernsprecher Nr. 46. Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmid in Thorn. Für Anzeigen verantwortlich Martha Wendel in Thorn. Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostd. Zeitung, G. m. b. H. Thorn.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengesuche u. -Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf., für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Reklamen die Kleinzeile 50 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm

Nr. 28 — 1. Blatt — Sonntag, 2. Februar — 1919

Neueste Nachrichten.

Bromberger Tagesbericht.

Bromberg, 1. Februar. (Drahtnachricht). (Amtlich. In allen Teilen unseres Abschnittes herrschte gestern Patrouillentätigkeit. Im Netzwalde wurden Bandenansammlungen durch Artilleriefeuer vertrieben. Ein Erkundungsvorstoß auf Exin stellte stärkere Besetzung bei Schepitz fest.

Die Lage in Hamburg und Bremen.

Bremen, 31. Januar. (Drahtnachricht) Die A.- und S.-Räte Bremerhavens und des 9. A.-K. Hamburg sandten an die Reichsregierung ein Telegramm, in dem sie gegen die nach Bremen unternommene Aktion energisch Einspruch erhoben. Sie erklären, daß bei Aufnahme von Kämpfen die Folgen unübersehbar seien. Der Soldatenrat des 9. A.-K. sieht in der Besetzung Bremens als Bereich des 9. A.-K. eine Kriegserklärung an das 9. A.-K.

Zusatz des W. T. B.: Zwischen einem Mitglied des Hamburger Soldatenrats und dem Staatssekretär Noske fand Freitag vormittag telefonisch eine Aussprache statt. Nachdem Staatssekretär Noske festgestellt hatte, daß von einer Bedrohung Hamburgs keine Rede sei, wurde ihm versichert, daß für den Hamburger Soldatenrat keine Veranlassung vorliege, sich in die Angelegenheiten zu mischen.

Bremen, 31. Januar. (Drahtnachricht). Der Rat der Volksbeauftragten erhielt folgende Telegramme aus Berlin:

1. Zweck der militärischen Aktion gegen Bremen geht aus meiner Erklärung hervor, die heute morgen in der Presse bekannt gegeben ist. Mahne dringend, von Widerstand abzusehen.

Für Reichsregierung:
Noske.

2. Führer der Gardisten sollten verhandeln. (Woegedung, der Kommissar des Ernährungswesens, ist im Auftrage der Bremer Regierung in Berlin zur Regelung von Lebensmittelangelegenheiten.)

Die Truppenstärke der Alliierten in den Rheinlanden.

Paris, 31. Januar. (Drahtnachricht). Laut „Echo de Paris“ erwartet der Ausschuß, der die Frage der Truppenstärke der Alliierten in den Rheinlanden prüfen soll, noch den Bericht Winston Churchills, aber man nimmt bereits an, daß die Gesamtstärke der Franzosen, Engländer und Amerikaner 1 Million nicht erreichen wird.

Verlegung des deutschen Hauptquartiers nach dem Osten?

Berlin, 31. Januar. (Drahtnachricht). Die Verlegung des deutschen Hauptquartiers nach dem Osten wird, wie die „Vossische Zeitung“ erfahren haben will, demnächst erfolgen.

Verhaftung deutscher Sozialdemokraten durch die Entente.

Berlin, 31. Januar. (Drahtnachricht). Der in einem Fort der Festung Straßburg i. Els. gefangen gehaltene sozialdemokratische Abgeordnete Boehle ist auf die wiederholten Proteste der deutschen Waffenstillstandskommission hin jetzt von den Franzosen frei gelassen worden.

Die der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands angehörigen Redakteure Merkel, Kretzer und Bellert sind von der Entente als Spartakisten verhaftet worden. Nach Angabe der Parteileitung gehören die drei verhafteten Sozialisten nicht dem Kommunismus an. Die deutsche Waffenstillstandskommission erhob sofort Einspruch und ersuchte die Entente um Freilassung der Verhafteten.

Paul Lindau †.

Berlin, 31. Januar. (Drahtnachricht). Am 30. Januar verstarb in seiner Wohnung in Grunewald nach mehrtägiger Krankheit im 80. Lebensjahre Paul Lindau.

Der Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland.

Berlin, 1. Februar. (Drahtnachricht). Der Staatsrat von Deutsch-Oesterreich nahm den der österreichischen Nationalversammlung vorzulegenden Gesetzantrag, der Deutsch-Oesterreich als Glied des deutschen Reiches erklärt, einstimmig an.

Richtlinien der Deutschen demokratischen Partei für Gemeindewahlen.

Für die bevorstehenden Gemeindewahlen hat die Deutsche demokratische Partei folgende Richtlinien aufgestellt, die für die einzelnen Ortsgruppen maßgebend sein sollen:

1. Allgemeine Forderungen.

Die Deutsche demokratische Partei fordert für die Gemeinden durch die preußische Landesversammlung die Einführung des gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechtes nach dem Verhältnissystem für Männer und Frauen.

Die demokratischen Gemeindevertreter haben die Pflicht, in der Gemeindepolitik die allgemeinen politischen Grundsätze der Deutschen demokratischen Partei zu befolgen. Oertliche Rücksichten können niemals ein den allgemeinen Grundsätzen widersprechendes Verhalten rechtfertigen.

Es empfiehlt sich, daß die demokratischen Gemeindevertreter sich in den einzelnen Gemeindevertretungen tunlichst zu demokratischen Gruppen zusammenschließen. In Gemeindevertretungen, in denen eine solche Gruppe gebildet ist, dürfen demokratische Gemeindevertreter keinesfalls einer Gruppe beitreten, die zu jener im Gegensatz steht.

Wenngleich nicht unnötig Parteipolitik in die Beratungen der Gemeindekörperschaften hineinzutragen ist, so ist doch in geeigneten Fällen darauf hinzuwirken, daß durch zweckentsprechende Anträge an die staatlichen Behörden und die gesetzgebenden Körperschaften die Ziele der Demokratie auf dem Gebiete der Gemeindepolitik in bezug auf das Gemeindewahlrecht, den Ausbau der Selbstverwaltung, das Schulwesen, die volle gleichberechtigte Mitwirkung der Frauen in der Selbstverwaltung usw. gefördert werden.

2. Bildungswesen.

Die Hebung der Volksbildung ist das vornehmste Ziel demokrakratischer Gemeindepolitik.

Jede Gemeinde muß nach ihren Kräften ihr Schulwesen ausbauen und vervollkommnen. Unbedingt ist dafür zu sorgen, daß die Klassen nicht überfüllt sind und der Aufstieg begabter Kinder verbürgt wird. Das gesundheitliche, sittliche und geistige Wohl der Schulkinder ist durch geeignete Maßnahmen (Einrichtung von Kindergärten, Spielplätzen, Jugendheimen) zu fördern.

Für die Zeit vor der Schulentlassung ist eine sachgemäße Berufsberatung in die Wege zu leiten. Für die Fortbildung der Schulentlassenen beiderlei Geschlechts ist durch weitestgehende Ausgestaltung des obligatorischen Fortbildungs-, Fach- und Hauswirtschaftsunterrichts Sorge zu tragen.

Die Errichtung von Lesehallen und Volksbüchereien, sowie künstlerische und gemeinverständliche Darbietungen an die Bürgerschaft sind zu fördern. Als Mittel hierfür ist die Gründung von Volkshäusern (Volksheimen) ins Auge zu fassen.

3. Armen- und Wohlfahrtspflege.

Bei der Armenpflege sind die besonderen Verhältnisse des Einzelnen zu berücksichtigen.

Der Verarmung muß durch eine weitsichtige Wohlfahrtspflege, die sich namentlich auch auf die gesundheitliche Fürsorge für Säuglinge, Wöchnerinnen und Kranke zu erstrecken hat und auf die minder günstig gestellten Kreise des Mittelstandes auszudehnen ist, tatkräftig vorgebeugt werden. Die enge Verbindung zwischen öffentlicher und privater Fürsorgetätigkeit ist anzustreben.

4. Boden-, Wohnungs- und Verkehrspolitik.

Die Bodenpolitik muß die bauliche Erschließung der Gemeinde nach Maßgabe ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und unter Beobachtung gesundheitlicher und ästhetischer Gesichtspunkte zum Ziele haben. Der Gemeindegrundbesitz ist zu erhalten und zu vermehren.

In der Wohnungs- und Siedlungspolitik muß für die Befriedigung des Bedürfnisses der Bürgerschaft nach preiswerten gesunden Wohnungen, insbesondere auch Kleinwohnungen, und Kleinsiedlungen gesorgt werden. Die Wohnungsaufsicht ist zweckmäßig auszugestalten.

Die Lage des Hausbesitzes ist im Anschluß an die Schätzungsamts- und Stadtschaftsgesetze auch durch eigene Maßnahmen der Gemeinde zu fördern.

Die Boden- und Wohnungspolitik ist durch tatkräftige Förderung des Verkehrswesens zu unterstützen. Die Tarife der Verkehrsanstalten sind so zu bemessen, daß den Bürgern sowohl die Ausübung des Berufs und die Besorgung geschäftlicher Angelegenheiten als auch die Befriedigung des Erholungsbedürfnisses nicht unnötig verteuert wird.

5. Angestellte und Arbeiter.

Die Gewährung auskömmlicher Gehälter und Löhne an die Angestellten (Beamte, Lehrer, Privatdienstvertragsanstellte) und Arbeiter der Gemeinde liegt nicht nur im Interesse der Empfänger, sondern auch in dem der Gemeinde.

Den Angestellten und Arbeitern ist die Vertretung durch Ausschüsse zu gewähren.

In Bezug auf die Arbeitsbedingungen sind die Gemeindebetriebe zu Musterbetrieben auszugestalten.

6. Wirtschaftspolitik.

Unternehmungen, die einem dauernden Bedürfnisse der Gemeinde dienen und durch ihren monopolartigen Charakter die Vorteile eines gesunden Wettbewerbes ausschließen, sind in die Verwaltung der Gemeinde zu überführen oder ihrer Aufsicht zu unterstellen.

Der freie Gewerbe- und Handelsbetrieb darf nicht ausgeschaltet werden. Das Gemeindeinteresse erfordert seine Hebung und Stärkung. In Notfällen ist jedoch zwecks Versorgung der Bürgerschaft mit notwendigen Lebensmitteln auf deren Beschaffung, Verteilung und Preisgestaltung Einfluß zu nehmen. Auch hierbei soll die Vermittlung des Handels keinesfalls ausgeschaltet werden.

Die regelmäßige Gestaltung des Arbeitsmarktes ist durch paritätische Arbeitsnachweise zu fördern.

Bei Vergebung von Gemeindearbeiten und -lieferungen sind in erster Linie die eingesessenen, selbständigen Gewerbetreibenden, insbesondere auch Handwerker, zu berücksichtigen und die Aufträge tunlichst in kleine Lose zu zerlegen.

7. Finanzpolitik.

Das städtische Finanzwesen ist nach dem Prinzip der Leistungsfähigkeit auszugestalten: Jede finanzielle Belastung des Lebensmittelkonsums ist abzulehnen.

Das bestehende System der Realsteuern ist einer Reform in dem Sinne zu unterziehen, daß diejenigen Gewerbebetriebe, deren Ertrag im wesentlichen auf der persönlichen Arbeit des Gewerbetreibenden beruht, entlastet, die Härten der Umsatzsteuer wie der Grund- und Gebäudesteuer beseitigt und die unbebauten Grundstücke zugunsten der bebauten in stärkerem Maße zur Steuerleistung herangezogen werden.

Polnische Ansprüche auf Thorn.

Paris, 29. Januar. (Havas) Der Vertreterausschuß der Großmächte hielt zwei Sitzungen ab, die der polnischen und der tschecho-slowakischen Frage gewidmet waren. Der polnische Delegierte Dmowsky, der aufgefordert wurde, einen allgemeinen Bericht über die Lage in Polen zu geben, erklärte daß eher Mangel an Munition und Material als an Mannschaften bestehe. Polen müsse ein freies Verfügungsrecht über die Eisenbahnlinie Thorn—Danzig behalten. Zu den Gebietsansprüchen Polens übergehend, sagte er, daß Polen das Gebiet vor der Teilung wiederzuerlangen wünsche, die Provinz Posen und Thorn einbegriffen. Außerdem wünsche es einen freien Zugang zum Meere über Danzig, der zur Sicherstellung der Verkehrsstraßen von einem Gebietsstreifen geschützt sein müßte.

Die polnischen Ansprüche auf Thorn könnten nach den Grundsätzen Wilsons nur dann berücksichtigt werden, wenn es sich hier um „unzweifelhaft polnische Gebietsteile“ handelte. Davon kann aber nach den tatsächlichen Verhältnissen nicht die Rede sein.

Zur Niederlage der Polen bei Gr. Neudorf.

Bromberg, 31. Januar. (Drahtnachricht.) Ueber das Gefecht bei Gr. Neudorf am 30. 1. wird uns geschrieben:

Die vom Grenzschutz-Abschnitt Bromberg angesetzten Unternehmungen sind in vollem Umfange geglückt. In Schmiedeberg kamen die Polen erst gar nicht dazu, sich festzusetzen. Im weiteren schneidigen Vorgehen der Abteilung Picht, besonders der Kompagnie des Leutnants Abraham und der des Leutnants Müller, wurden sie in völliger Auflösung bis über Gromaden hinaus zurückgeworfen. Es wurden 2 Munitionswagen, 1 Feldküche, 1 Maschinengewehr, eine große Menge Munition erbeutet und Gefangene eingebracht.

Bei unserem Vorgehen gegen Samoklensk leistete der Gegner in Wunschheim und Jaruschin zunächst hartnäckigen Widerstand. Nach Angriffen unserer schweren und leichten Batterien wurde der Widerstand bald gebrochen, und unsere Truppen setzten sich kämpfend in den Besitz von Gr. Samoklensk. Am folgenden Tage, am 30. 1., wurde Groß Samoklensk von starken polnischen Kräften nach Artillerievorbereitung angegriffen. Der Angriff wurde abgewiesen und im Gegenstoß Friedberg genommen.

Die Abteilung Just führte eine größere Aufklärungsunternehmung gegen Gr. Neudorf durch. Um 7 Uhr morgens begann der Angriff. Die Abteilung, verstärkt durch eine schwere Haubitzenbatterie, entwickelte sich am Waldrande östlich Gr. Neudorf, weitere Kompagnien mit Begleitbatterien von der Südspitze des Jesuiter Sees bis Försterei Brühlsdorf. Nach kurzem Feuergefecht wurde die polnische etwa 300 Mann starke Truppe überall geworfen. Sie flutete in wilder Unordnung zurück. Adlig-Brühlsdorf, Karolinenheim, Gr. Neudorf Minusdorf wurden vom Feinde gesäubert. Eine polnische Abteilung in Stärke von 200 Mann, die zur Unterstützung heraneilten und sich aus Richtung Netzel entwickelten, wurde von der Feldwache Mochelkenberg auf nächste Entfernung unter wirksamstes Feuer genommen und nahezu vernichtet. Der Rest der zurückflutenden und neu herangeführten Reserven wurde in der Flanke durch die Haubitzenbatterie Kade wirksam gefaßt. Völlige Auflösung des Gegners erfolgte, als der Panzerzug, von Bromberg kommend, in das Gefecht eingriff, den flüchtenden Rest der Polen zerstreute und bis Tannhofen vorfuhr. An Beute wurden eingebracht: 3 Infanterie-Maschinengewehre, eine große Menge Maschinengewehrmunition, zwei 13 Millimeter-Tankgewehre, die bei Gr. Neudorf zur Bekämpfung des Panzerzuges eingebaut waren, viele Gewehre und sonstige Ausrüstungsstücke, 21 unverwundete Gefangene. An Toten wurden 43 gezählt. Die Verluste an Verwundeten sind auf polnischer Seite nach Beobachtung und Feststellung außerordentlich schwer. Eigene Verluste sind nicht zu verzeichnen.

Zur Lage in Posen.

Berlin, 30. Januar. In Posen sind von den Polen neuerdings sieben hervorragende Persönlichkeiten als Geiseln festgesetzt worden. Bürgermeister Küntzer, Stadtverordneter Placzek, Dr. Kantorowicz, der Präsident der Ansiedlungskommission Ganse, Mittelschullehrer Rodwieski, D. W. Gutmann u. Leutnant Martini. Die Verhaftung wird als Vergeltungsmaßregel gegen die Festnahme des als Haupt der polnischen Agitation in Oberschlesien bekannten Justizrats Czapla in Beuthen bezeichnet. Mit derselben Begründung hatte man schon vorgestern die Festsetzung des Landeshauptmanns v. Heyking in Posen vorgenommen.

Amerikanische Lebensmittel für Polen.

Danzig, 1. Februar. (Dr.) In der Nacht von Freitag auf Sonnabend traf in Danzig,

von Warschau kommend, der amerikanische Lebensmittelkommissar Oberst William R. Grove ein, um von Danzig aus nach den im Waffenstillstandsvertrag festgelegten Bedingungen die amerikanischen Lebensmitteltransporte nach Polen zu leiten. Oberst Grove hat im Hotel „Reichshof" Wohnung genommen. In seiner Umgebung befinden sich einige amerikanische Offiziere und Soldaten, sowie Zivilbeamte der polnischen Regierung, die ihn begleiten wollen. Nach den schlechten Erfahrungen bei der Reise Paderewskis ist diesen die Einreise in deutsches Gebiet vorläufig nicht gestattet worden, da eine Verpflichtungserklärung, daß sie sich in Danzig jeder politischen Betätigung enthalten wollen, von zuständiger Seite nicht gegeben wurde. Sollte die Einreiseerlaubnis nach Abgabe dieser Erklärung erteilt werden, so wird der polnisch gesinnten Bevölkerung Westpreußens zur Pflicht gemacht, sich jeder antideutschen und propolnischen Kundgebung zu enthalten. Sonst müßten zum Nachteile der Polen die polnischen Vertreter ausgewiesen werden. Gegen die Urheber derartiger Kundgebungen wird strafrechtlich vorgegangen.

Die Kämpfe zwischen Tschechen und Polen.

Prag, 30. Januar. (Dr) Tschecho-slowakisches Preßbüro. Minister Svehla, in Vertretung des Ministers des Aeußeren, sandte an den polnischen Minister des Aeußeren ein Telegramm, in dem er dagegen protestiert, daß die polnischen Truppen trotz der von den Tschecho Slowaken freiwillig angeordneten Einstellung der Operationen im Fürstentum Teschen wütenden Angriffe gegen die von den Tschechen erreichte Linie unternehmen.

Vollversammlung der A.- u. S.-Räte Groß-Berlins.

Berlin, 31. Januar. (Dr) Eine Vollversammlung der Groß Berliner A.- und S.-Räte beriet heute zunächst über das Thema Rätesystem, Nationalversammlung, Verfassungsentwurf. Als Berichterstatter hob das Zentralratsmitglied Cohen hervor, daß die Prinzipienfrage, ob Räteverfassung oder Nationalversammlung durch den Rätekongreß entschieden sei. Die Soldatenräte würden allgemein verschwinden, und die Arbeiterräte würden ihre Betätigung auf das wirtschaftliche Gebiet zu beschränken haben. Eingehend sprach Cohen dann über die verhängnisvollen Folgen der Arbeitsunlust. Mitberichterstatter Daeumig (Unabh.) empfahl die Annahme einer Entschließung, worin die heutige Versammlung den Zentralrat auffordert, so schnell wie möglich einen allgemeinen Kongreß der A.- u. S.-Räte Deutschlands einzuberufen, der zur Nationalversammlung und zu dem Entwurf des neuen Verfassungsgesetzes Stellung zu nehmen und über das weitere Wirken der A.- und S.-Räte zu entscheiden hätte. Unterstaatssekretär von Gerlach gab eine sachliche Auskunft über die Umwälzung, welche die Räteverordnung über die Auflösung aller Gemeindevertretungen und ihre Neugründung auf demokratischer Grundlage im Gefolge haben werde. Die Darlegungen im Schlußwort des Berichterstatters Cohen fanden ihre Zusammenfassung in einer Entschließung, die von der Notwendigkeit ausgeht, die zukünftige Reichsverfassung immer mehr derjenigen eines deutschen Einheitsstaates mit starker Zentralgewalt anzunähern.

Berlin, 31. Januar. (Dr.) Die Vollversammlung der A.- und S.-Räte Groß-Berlins sowie der kommunalen A.- und S.-Räte der Groß Berliner Gemeinde hat mit 492 gegen 362 Stimmen sich für den Antrag Daeumig entschieden. Die angenommene Entschließung fordert den Zentralrat der A.- und S.-Räte Deutschlands auf, so schnell wie möglich einen allgemeinen Kongreß der A.- und S.-Räte Deutschlands einzuberufen. Dieser Kongreß soll zur Nationalversammlung und zum Verfassungsgesetz Stellung nehmen und außerdem über das weitere Wirken und die staatsrechtliche Stellung der A.- und S.-Räte entscheiden. Dazu wird von zuständiger Seite erklärt, es dürfte abzuwarten sein, ob der Zentralrat, der den Mehrheitswillen der A.- und S.-Räte von ganz Deutschland darstelle, sich ohne weiteres dazu verstehen wird, dem zufälligen Ergebnis einer örtlichen Berliner Versammlung Folge zu leisten.

Der Königsberger Soldatenrat gegen die Anordnungen des Kriegsministeriums.

Königsberg, 31. Januar. (Dr.) Bei der am 29 Januar 1919 im Gesellschaftshaus abgehaltenen Sitzung des Zentralrats der Ostfront und Ostprovinzen unter Beisein der Vollzugsräte des 1., 17. und 20. A.-K. und des Provinzialrates wurde folgender Beschluß gefaßt:

Im Einvernehmen mit sämtlichen dem Zentralrat angegliederten Vollzugsräten wird bestimmt: Die Veröffentlichung des Kriegsministeriums vom 19. 1. 19 (Armeeverordnungsblatt Nr. 8) besteht nicht zu Recht, weil sie im Widerspruch mit den Beschlüssen des Reichskongresses der Arbeiter- und Soldatenräte vom 16. 12. 18 steht. Die Soldatenräte haben bis auf weiteres in allen militärischen Fragen die absolute Kontrollgewalt. Es darf kein Befehl befolgt werden, der ohne Gegenzeichnung des zuständigen Vollzugs- bezw. Soldatenrates erfolgt.

Die Mehrheitsbildung in der Nationalversammlung.

In der neuen Nummer der „Hilfe" äußert sich Friedrich Naumann auch über die Frage der Mehrheitsbildung in der deutschen National versammlung. Er kommt zu dem Ergebnis, daß es wünschenswert ist, die Arbeitsmehrheit so groß und so tragfähig wie nur möglich zu gestalten. Er schreibt:

„. . . . Immerhin muß als feststehend angenommen werden, daß die Gruppierung Scheidemann-Payer-Erzberger vom Jahre 1917 im Grunde noch heute fortbesteht, und zwar mit einer stolzen Reichsgründungsmehrheit. Bei Geschick und allseitigem guten Willen können weit über 300 Abgeordnete zu einem Verbande vereinigt werden. Wenn wir dabei von „Geschick und gutem Willen" reden, so ist das allerdings sehr ernst gemeint, denn von selber und ohne überzeugte Entschlossenheit gestaltet sich ein so breitgelagerter Körper nicht. Immerhin haben wir schon eine gute Lehrzeit hinter uns. Es sei erlaubt, davon offen zu reden, daß es innerhalb der deutschen Demokratie Elemente gibt, denen der Zusammenschluß mit der Sozialdemokratie weniger Schwierigkeit bereitet als der mit dem Zentrum. Es wirken alte Konfessionsgegensätze durch allen Wandel der Dinge hindurch weiter, und man kann Worte der Sorge vor der Katholisierung des Deutschtums hören. Aber, so fragen wir, sind denn die Zentrumsmänner in Gemeinschaft gerade mit den Sozialdemokraten in der Lage, einen konfessionellen Staat aufzurichten? Und wollen sie es in ihrer Mehrzahl? In den Landtagen der deutschen Einzelrepubliken wird bei Schul- und Kirchenfragen der konfessionelle Grundsatz vielleicht nicht ganz zu vermeiden sein, aber in Reichsangelegenheiten ist er wirklich nicht am Platze. Wir haben jetzt wahrhaftig anderes zu tun, als Kulturkampf zu führen! Wird aber das Zentrum an der Reichsgründungsmehrheit nicht beteiligt, so wächst die Gefahr der Absplitterung ganzer Landesteile. Die Mehrheit der Mitte wird unter dem Druck von links und rechts arbeiten. Welche Formen dieser Doppeldruck annehmen wird, kann heute noch kein Mensch vorhersagen. Es ist etwas Großes, einen Frieden und eine Verfassung unter solchen Belastungen herzustellen, aber im Bewußtsein der Schwere der Aufgaben müssen wir es wagen, weil es keinen anderen Weg zur Lebenserhaltung des deutschen Volkes gibt."

Seltsame Bescheidenheit.

Die „Deutsche Tageszeitung" freut sich in ihrer Abendnummer vom 29 d. Mts. ihres großen Erfolges bei den Wahlen zur preußischen Landesversammlung und jubelt über die vermeintliche Schlappe der Deutschen demokratischen Partei. Wir sind stolz auf die sogenannte „zweifel-freie Schlappe" und wünschen der Deutschnationalen Volkspartei weiter solche Erfolge, wie bei den Preußenwahlen. Es dient vielleicht zur Auffrischung des Gedächtnisses, wenn man diese Herren erinnert, daß im früheren preußischen Abgeordnetenhaus über mindestens 200 Mandate verfügten. Wo also der Erfolg der Deutschnationalen Volkspartei mit ihren 41 Mandaten liegen soll, bleibt, wie so vieles in dieser Partei, für Außenstehende rätselhaft. Wer das übermütige und selbstherrliche Gebahren dieser Herren im verstorbenen Abgeordnetenhause verfolgt hat, wird sich über diese verlegene Bescheidenheit wundern. Die Mehrheit des preußischen Volkes aber gönnt dem konservativen Klüngel diesen „Erfolg" und freut sich, daß die Totengräber der Heimat zu der verdienten Bedeutungslosigkeit herabgedrückt sind!

Folterung deutscher Kriegsgefangener durch die Franzosen.

Berlin, 30. Januar. Wiederholt mußte während des Krieges auf die schändliche Gepflogenheit der Franzosen hingewiesen werden, widerstrebende deutsche Kriegsgefangene durch Anlegen von Daumenschrauben zu quälen. Diese an die Foltern des Mittelalters erinnernde grausame Marter war zwar in den französischen Kolonien stets beliebt, wurde aber jetzt im Weltkriege – zum Hohne aller Kultur – in zahlreichen Fällen deutschen Kriegsgefangenen gegenüber angewandt. Der folgende amtliche Bericht eines neutralen Delegierten gibt über eine neue Volkerrechtsverletzung dieser Art Aufschluß:

„Dem Soldaten W. Sch. vom Hauptdepot Carpigne wurden im Juni 1917 auf dem Kommaudo Mal-Roche bei Rennes Daumenschraubrn durch den Gendarmen angelegt, als er sich weigerte in die Gefängniszelle einzutreten. Die Daumenschrauben, heißt es in dem Bericht, waren nicht sehr stark angezogen, sodaß er in der Zelle ohne Schwierigkeiten seine Daumen herausziehen konnte. Später hat der Feldwebel des Kommandos ihm die Daumenschrauben wieder angelegt, und zwar derart, daß er die Schrauben festanzog, während der Gendarm ihm sagte, daß es nicht nötig wäre, die Schrauben festanzuziehen. So waren die Daumenschrauben sehr stark angezogen und wurden während 12 Stunden beibehalten. Der Schmerz war sehr groß, und die Daumen waren angeschwollen und wund; die Blasen brauchten fünf Wochen zur Heilung. Jetzt zeigen die Daumen des Sch. keine Spur von den Daumenschrauben mehr, auch keine Narben." – Der Bericht schließt mit den Worten: „Sch. wollte nicht in die Zelle eintreten und hat Widerstand geleistet, weil er die Zelle schlecht gelüftet und unhygienisch fand; er erklärte man solle ihn in eine andere Zelle bringen."

Wegen der Anwendung von Daumenschrauben gegen einen deutschen Kriegsgefangenen hat auf Grund des vorliegenden Berichts die deutsche Regierung Einspruch bei der französischen Regierung erhoben und um strenge Bestrafung der Schuldigen nachgesucht

Zum Rücktritt des Generals von Winterfeldt.

Berlin, 30. Januar. General von Winterfeldt hat an Staatssekretär Erzberger folgendes Telegramm gerichtet:

„Euer Exzellenz darf ich melden, daß ich nach reiflicher Erwägung und nach eingehenden Vortrag bei einem militärischen Vorgesetzen an dem Entschluß, meine Abberufung aus der Waffenstillstandskommission in Spaa zu erbitten, festgehalten habe. Die Art der Durchführung des Waffenstillstandes durch unsere Gegner hat es mir unmöglich gemacht, meine Tätigkeit fortzusetzen. Gegenüber den Gerüchten, als sei der Grund meines Rücktritts in einem Zerwürfnis zwischen Euer Exzellenz und mir zu suchen, betone ich mit aufrichtigem Dank, daß ich bei Ihnen stets nur Vertrauen und volles Entgegenkommen gefunden habe. Nicht Zwistigkeiten im eigenen Lager, sondern lediglich das Verhalten des Gegners hat meinen Rücktritt bestimmt. Ich werde nach Uebergabe der Geschäfte in Spaa in einigen Tagen in Berlin sein und alsdann mündlich Bericht erstatten."

Staatssekretär Erzberger sandte als Antwort folgendes Telegramm:

„Euer Hochwohlgeboren bestätige ich den Empfang Ihrer Depesche aus Wilhelmshöhe und gebe nochmals meinem aufrichtigen Bedauern Ausdruck, daß Sie, wenn auch nach reiflicher Erwägung aller in Betracht kommenden Gründe, an Ihrem Entschluß festgehalten haben, vom Vorsitz der Waffenstillstandskommission in Spaa zurückzutreten. Ich würdige Ihre Gründe vollkommen. In diesem Augenblick ist es mir eine angenehme Pflicht. Ihnen, verehrter Herr General, im Auftrage der Regierung den wärmsten Dank für Ihre, in der Oeffentlichkeit viel zu wenig bekannte, schwere und verantwortungsvolle Arbeit auszusprechen. Unter den schwierigen Umständen haben Sie mit großem Geschick die deutschen Interessen stets mannhaft vertreten. Eine spätere Zeit wird Ihr vaterländisches und ritterliches Verhalten noch klarer hervortreten lassen, als die heutigen Tage der Unruhe und Ungewißheit. Mir persönlich wird das vertrauensvolle Zusammenarbeiten mit Ihnen in der dunkelsten Zeit unseres Vaterlandes stets in dankbarre Erinnerung bleiben."

Das Schicksal der deutschen Kolonien.

Berlin, 31. Januar. (Drahtnachricht). Orts, der technische Delegierte Belgiens, entwickelte den Standpunkt hinsichtlich des Kongogebiets Die ganze Erörterung bewegte sich auf der Grundlage der Wilsonschen Vorschläge, die Verwaltung der deutschen Kolonien dem Völkerbund zu übergeben, bezw. Teile davon diesem oder jenem Staate unter Kontrolle der gesamten Mächte zu überlassen. Schließlich einigte man sich dahin, daß, wenn in einem dieser Gebiete sich genügend kultivierte Eingeborene befinden, die ihren nationalen Wünschen Ausdruck verleihen können und tatsächlich imstande sind, sich selbst zu regieren, der Völkerbund ihren Wünschen Rechnung tragen soll. Wo die Völker nicht imstande sind, sich selbst zu regieren, soll der Völkerbund entscheiden, wer die Souveränität ausüben soll. Was die asiatische Türkei betrifft, so erhalten die Großmächte den Auftrag, dieses Gebiet zu verwalten, und zwar tritt das Mandat sofort in Kraft. Die Mitglieder der Untersuchungskommission, die für Polen bestimmt wurden, hielten unter Vorsitz des Generals Botha Sitzungen ab. Der leitende Gedanke war, dem Blutvergießen im Teschener Gebiet ein Ende zu machen, ohne der Regelung der Grenzfrage vorzugreifen.

Die amerikanischen Flottenpläne.

London, 30. Januar. (Reuter.) Der Unterstaatssekretär des Marineamts der Vereinigten Staaten Franklin Roosevelt erklärte in London einem Vertreter des Daily Telegraph: „Bei unserem Kriegsschiffbauprogramm hat niemals, weder unter den Marineoffizieren und bei der Regierung in Washington, noch in der öffentlichen Meinung Amerikas der leiseste Wunsch bestanden, eine Flotte zu bauen, welche der britischen überlegen ist." Roosevelt legte dar, daß das letzte amerikanische Schiffsbauprogramm auf der Möglichkeit einer Fortsetzung des Krieges fußte, und den letzten Nachrichten aus Washington zufolge beabsichtige ja auch der Ausschuß für Marineangelegenheiten, die Abstimmung über die Vorlage solange wie möglich hinauszuschieben i der Hoffnung, aus Paris irgend eine Angab über eine erzielte Einschränkung zu erhalten

Washington, 30. Januar. (Dr.) Reuter. Das Repräsentautenhaus hat einstimmig die Vorlage, welche die für Heer und Flotte bestimmten Kredite in Höhe von mehr als 15 Milliarden Dollar widerruft, angenommen.

Vergrößerung der amerikanischen Flotte?

Washington, 30. Januar. (Drahtnachricht.) Admiral Maye drang in den Ausschuß für Marineangelegenheiten des Repräsentantenhauses am Vorabend der Abstimmung über die Regierungs-Flottenvorlage auf sofortige Vergrößerung, indem er erklärte, daß niemals eine Zeit bestanden habe, wo es notwendiger war, gründlich vorbereitet zu sein.

Der Achtstundentag im englischen Eisenbahnwesen.

London, 30. Januar. (Drahtnachricht). Reuter. Während weitere Verhandlungen noch schweben, unterzeichneten die Eisenbahnverbände und der ausführende Ausschuß der Eisenbahn ein Uebereinkommen über das Prinzip des Achtstundentages. Das Uebereinkommen sieht vor, daß die für die Mahlzeiten zugemessenen Zeiten nicht als Arbeitszeit angerechnet werden.

Ersatzansprüche der Schweiz.

Bern, 30 Januar. (Dr.) Am 25. 1. wurde in Paris auf einer Konferenz der Premierminister beschlossen, daß die Bundesregierung berechtigt sei, von den feindlichen Ländern Ersatz ihrer Kriegsausgaben zu fordern.

Aus Stadt und Land.

Thorn, 1. Februar 1919.

— **Die Zukunft der deutschen Industrie.** Zwei führende Herren der westlichen Montanindustrie haben sich zu einem unserer Mitarbeiter über Lage und Aussichten in bemerkenswerter Weise ausgesprochen. Die Führer der Arbeiter und die Gewerkschaftssekretäre stehen, so führt der eine dieser Herren aus, in den meisten Fällen auf seiten der Industrie. Die Störer sind die Spartakusleute und die ganz links stehenden Unabhängigen. Wenn man gesehen hat, wie ein einziger Mann die ganze in der Waschkaue zum Einfahren sich vorbereitende Belegschaft durch wenige Schlagworte veranlassen konnte, nicht anzufahren und zu streiken, dann muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß gegenüber der über die Belegschaften gekommenen Krankheit mit Worten nichts zu machen ist. Die Krankheit muß ihren Verlauf nehmen; sie wird Deutschland das wenige Blut, das heute noch in der Wirtschaft ist, entziehen, und dann, wenn nichts mehr zu holen ist und der Arbeiter den Schrecknissen des Hungers gegenübersteht, werden beide, der Arbeiter und der armgewordene Unternehmer, versuchen müssen, wieder hochzukommen. Die Kraft des Unternehmers ist heute bereits gebrochen. Die Ausschaltung der Beziehungen zu Belgien und Luxemburg, der Verlust von Elsaß-Lothringen hat Rheinland und Westfalen über die Hälfte seines Machtbereichs entzogen. Das, was übriggeblieben ist, wird noch dezimiert durch die Wegnahme der deutschen Handelsflotte. Auf dem zurückbleibenden Rest kann nur noch eine Notwirtschaft betrieben werden, die den Arbeiter nicht mehr befriedigen wird und die auch für den Unternehmer kein Feld übrigläßt. Dem Unternehmer und dem Arbeiter wird demnächst nichts anderes übrigbleiben, als auszuwandern. Wir haben einen großen Mangel an Arbeitern und gleichzeitig Hunderttausende, die nicht arbeiten wollen. Das Volk feiert Karneval und weiß nicht, daß man Karneval im Jahre höchstens drei Tage feiern darf. Hoffentlich kommt der Katzenjammer, bevor Deutschland ganz kaputt ist. Unsere Betriebsherren müssen die achtstündige Schicht, welche die Arbeiter nur bei halber Arbeit verfahren, verdoppeln, um überhaupt die Zeit zu finden, die Fragen der Arbeiterausschüsse usw. zu beantworten. Man macht sich gar keinen Begriff, was das jetzt für ein Leben auf den Werken ist. Noch pessimistischer äußert sich der zweite Herr: Der Industrierückgang wird leider so groß werden, daß Deutschland 7—8 000 000 Arbeiter ohne Beschäftigung und wahrscheinlich das zweieinhalbfache, also 20 000 000 brotlos macht. Der Rückgang wird, da wir wahrscheinlich Elsaß-Lothringen verlieren, unsere Stahlproduktion, die, eingeschlossen Elsaß-Lothringen und Luxemburg, früher auf über 19 000 000 To. gestiegen war, um 6 000 000 To. reduzieren. Außerdem ist anzunehmen, daß wir mindestens mit der Zufuhr der Minette nach dem rheinisch-westfälischen Revier noch 4 000 000 To. Stahl verlieren. Auch befürchten wir, daß uns die Entente einen großen Teil der schwedischen Erze abnimmt, so daß die Stahlproduktion infolgedessen um nochmals 3 000 000 To. zurückgeht, so daß wir, vorausgesetzt, daß wir Erze aus Spanien beziehen, allerhöchstens eine Stahlproduktion von 6—7 000 000 To. behalten. Im ersten Jahre wird aber auch der Erzbezug über den Atlantischen Ozean und damit auch von Spanien noch fernbleiben. Mit dieser scharf absteigenden Kurve der Stahlerzeugung werden alle Industrien diese Kurve ebenfalls zeigen. Die Baumwoll-Industrie, die chemische Industrie, die elektrische Industrie sind alle ohne Rohmaterialien: die Magazine sind leer; der Kredit ist fort. Woher soll Auffüllung der Magazine für den Betrieb kommen? Ich sehe nach dieser Richtung hin furchtbar schwarz und wüßte

auch nicht einen Weg zu sagen, der Licht schaffen würde. Deutschlands Industrie ist mindestens zur Hälfte verloren. Der Höhepunkt von 1913/14 wird niemals wieder erreicht werden. Deutschland kommt somit nicht mehr auf den Export von Industrieprodukten, sondern wieder auf den Export bzw. Auswanderung von Menschen. (Börsencourier Nr. 37 vom 23. 1. 19.)

— **Thorner Volkshochschulkurse.** Am nächsten Montag beginnt die zweite Reihe der Vorträge, die der Coppernicusverein in diesem Winter veranstaltet. Die erste Folge erfreute sich eines so guten Zuspruchs, daß die Räume des Oberlyzeums für die Zahl der Besucher zu eng wurden. So sind denn diesmal die Volkshochschulkurse in die schöne und geräumige Aula der Knabenmittelschule am Wilhelmsplatz übergesiedelt. Dort beginnen am nächsten Montag um einhalb acht Uhr die Vorlesungen. Herr Oberlehrer Johannes wird die Reihe mit dem Thema: Populäre Astronomie eröffnen. Herr Oberlehrer Carstenn will seine Hörer in das Gebiet der Philosophie einführen. Der Kampf um den Sinn des Lebens in den letzten 100 Jahren. So lautet sein Thema: Was ist das Leben? Was soll ich im Leben? Diese ewigen Fragen wollen nicht zur Ruhe kommen. Die Vorlesung wird versuchen zu zeigen, wie weit die Kultur der letzten hundert Jahre, besonders die deutsche, zur Lösung dieser Fragen beigetragen hat und welche neuen Fragen aus der Lösung entstanden sind. Ein großer Querschnitt soll gegeben werden, der hervorragende Persönlichkeiten, Philosophen, Gelehrten, Dichter und Künstler in den Vordergrund stellt, ein Ueberblick über die geistige Kultur von Goethe und Kant bis zur Gegenwart. Am Donnerstag, dem 6. Februar wird sodann Herr Pfarrer Heuer seine Vorlesungen der ersten Reihe, die so großen Beifall gefunden haben, fortsetzen. „Deutsche Maler des 19. Jahrhunderts", heißt sein Thema, das er wiederum an der Hand zahlreicher Lichtbilder durchzuführen gedenkt. Schließlich Herr Dr. Gerbis, der Arzt. Ausgewählte Kapitel aus der Gesundheitslehre. Kaum ein Gegenstand ist zeitgemäßer als dieser in einer Zeit, in der die Besten sich bemühen im Kampfe gegen die Krankheiten, gegen die Feinde des menschlichen Körpers. Herr Dr. Gerbis wird uns über die Erfolge und weiteren Bestrebungen auf dem Gebiete der Gesundheitslehre unterrichten. Ueber Licht und Luft und ihren Einfluß auf unseren Körper wird er berichten. Sport, Ernährung, insbesondere Kinderernährung werden folgen und dann sollen die verheerenden Volkskrankheiten besprochen werden und die Maßregeln, die man getroffen hat, um ihrer Herr zu werden. Sämtliche Vorträge sollen in schlichter, einem jeden verständlicher Sprache gehalten werden. Gelehrten Ausdrücken und Fremdwörtern wird aus dem Wege gegangen werden, sodaß jeder, der in dieser schweren Zeit Erholung in einer Stunde ernsten Nachdenkens sucht, sein Ziel erreichen wird. Die Vorträge können jedermann auf das dringendste empfohlen werden.

— **Die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung** findet, wie aus dem Anzeigeteil ersichtlich, am Mittwoch, dem 5. Februar, statt.

— **Die Mitglieder - Versammlung der deutschen demokratischen Partei**, die zur Besprechung der Stadtoerordnetenwahlen anberaumt ist, findet, die Genehmigung des Gouvernements vorausgesetzt, nicht am heutigen Sonnabend, sondern am Montag abends 8 Uhr im Schützenhause statt.

— **Thorner Briefmarken-Sammler-Verein, E. V.** Am Montag, dem 13. Januar d. Js., abends 8 Uhr fand im Vereinslokal Hotel „Thorner Hof" die Jahresversammlung des Vereins statt, die sich eines recht zahlreichen Besuches zu erfreuen hatte. Die Jahresberichte des Vorsitzers, des Kassenführers und des Obmanns lassen in jeder Beziehung eine weitere günstige Entwickelung des Vereins im abgelaufenen Jahre deutlich erkennen. Die Mitgliederzahl hat sich wesentlich erhöht; auch die Kassenverhältnisse sind derart gute, daß von der in Aussicht genommenen Erhöhung des Vereinsbeitrages abgesehen werden konnte. 35 Rundsendungen wurden während des Berichtsjahres vom Obmann bei den Mitgliedern in Umlauf gesetzt, denen Briefmarken zum Gesamtpreise von 2652,33 M. entnommen wurden. Bei der Vorstandswahl wurde der bisherige Vorstand und zwar Herr Telegraphensekretär Hecker zum Vorsitzer, Herr Katasterkontrolleur Olwig zum Schriftführer und Herr Veterinärrat Voelkel zum Obmann einstimmig wiedergewählt. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils fand die übliche Weihnachts-Verlosung ausgewählter Briefmarken statt, die den Mitgliedern eine wertvolle Bereicherung ihrer Sammlungen brachte.

— **Literarische Versammlung des Thorner Lehrervereins.** In der Hauptversammlung begrüßte der Vorsitzer zunächst die aus dem Felde heimgekehrten Mitglieder der Vereinigung, die neuen Mitglieder und Gäste und gab alsdann den Jahresbericht. Herr Martins erstattete den Kassenbericht. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes; hinzugewählt wurde Frl. Sich als Beisitzerin. Frl. Sich hielt einen Vortrag über Marie v. Ebner-Eschenbach, der als Nachruf für die im Jahre 1916 heimgegangene Dichterin, unsere größte deutsche Erzählerin, gedacht war. Sie wurde als das vollendete Vorbild einer geistig hochstehenden, künstlerische Werte erzeugenden Persönlichkeit gewürdigt, die beim Schaffen niemals die Grenze der edlen Weiblichkeit überschritten hat. Herr Faby trat der Vereinigung bei, die nunmehr 70 Mitglieder zählt.

— **Benutzt den städtischen paritätischen Arbeitsnachweis.** Uns wird geschrieben: So mancher Heeresentlassene fragt sich bangen Herzens: wie erhalte ich bloß recht bald lohnende Beschäftigung? — Diese Frage wird am besten und schnellsten gelöst, wenn Ihr Euch an den hiesigen parit. städt. Arbeitsnachweis wendet. Ihr spart somit unnütze Laufereien, Portokosten Vermittelungsgebühren u. a. m. Jedermann, sei es Kaufmann, Büroangestellter, Handwerker, Arbeiter, Arbeiterin, Hauspersonal muß sich bei Beschäftigungslosigkeit dort vormerken lassen. Dieses ist sehr wichtig, denn nur so kann der hiesige parit. städt. Arbeitsnachweis sich ein klares Bild über den Stand des Arbeitmarktes bilden und gegebenenfalls bei den Behörden wegen Beschaffung von Notstandsarbeiten vorstellig werden. Auch noch einen Vorteil bietet die Meldung beim parit. städt. Arbeitsnachweis — nämlich die eventl. Zahlung der Erwerbslosenunterstützung. Wenn der Arbeitsnachweis keine Beschäftigung nachweisen kann, erhält man auf Antrag die Erwerbslosenunterstützung die über die schlimmste Zeit der Not hinweghilft. Um eine glatte, lückenlose Erledigung der Stellenvermittelung zu gewährleisten, müssen folgende Punkte beachtet werden. Der Arbeitgeber muß jede offene Stelle beim Arbeitsnachweis anmelden und jede besetzte Stelle sofort abmelden, um unnütze Schreibereien und Laufereien zu vermeiden. Jeder Arbeitsuchende lasse sich bei dem parit. städt. Arbeitnachweis, Rathaus, Zimmer 28 vormerken, frage, wenn es geht, täglich an, ob für ihn schon Beschäftigung vorhanden ist. Die gelbe Karte, die bei nachgewiesener Beschäftigung der Arbeitsuchende erhält, muß umgehend dem parit. städt. Arbeitnachweis zurückgesandt werden mit dem Einstellungsvermerk seitens der Arbeitgeber. Bei Nichteinstellung muß auch dieses auf der Karte angegeben werden. Wenn alles dieses befolgt wird, dann kann und wird auch der hiesige parit. städt. Arbeitnachweis das leisten, was eben erstrebt wird. Zum Schluß richten wir nochmals an alle Behörden und sonstigen Arbeitgeber die Bitte: „Gebt alle offenen Stellen dem par. städt. Arbeitnachweis Fernsprecher Nr. 621—624 an. Stellt niemand ein, der nicht durch denselben überwiesen wird."

— **Ueber die neuen 50 Mark-Noten** sind falsche Nachrichten verbreitet worden, welche bewirkt haben, daß diese Noten mit Mißtrauen angenommen oder gar zurückgewiesen werden. Zur Aufklärung diene folgendes: Es gibt 50 Mark Banknoten mit zwei verschiedenen Wasserzeichen. Das Papier der einen zeigt Wellenlinien, das andere ein Schippenmuster, auch die Stärke des Papiers ist verschieden. Ferner lautet der rote Nummernaufdruck sowohl Nr., als auch No. Falsche Noten sind hier bisher nicht bekannt geworden.

— **Die Folgen der sinnlosen Bergarbeiterstreiks für die Landwirtschaft.** Das Lenns-Werk bei Merseburg und die Reichswerke in Biesteritz, die Deutschland etwa zur Hälfte mit Stickstoff versorgen, sind durch den Mangel an rollendem Material und die trostlosen Arbeitsverhältnisse in den Kohlenrevieren dem Erliegen nahe. Wie schwer dadurch unsere Landwirtschaft und Brotversorgung betroffen werden, liegt auf der Hand.

— **Drohender Zusammenbruch der Kohlenwirtschaft.** Wie sehr sich die Lage auf dem Kohlenmarkt in den letzten 14 Tagen verschärft hat, mögen folgende Zahlen beweisen: Der tägliche Bahnversand ist im Ruhrgebiet von 24 000 auf 10 000 Wagen, in Oberschlesien von 10- bis 20 000 Wagen auf unter 2000 Wagen, in den Hauptkohlenrevieren von 50 000 Wagen auf 26 000 Wagen zurückgegangen. Gegen einige sehr mäßige Bestände im Ruhrgebiet sind in Oberschlesien so gut wie gar keine Vorräte vorhanden. Die ganz geringe Versorgung mit Kohle, zu der sich noch die Transportschwierigkeiten gesellen, droht in allernächster Zeit den Betrieb der Gas- und Elektrizitätswerke trotz den schon bestehenden großen Einschränkungen zum völligen Stillstand zu bringen, und auch in der Nahrungsmittelindustrie, die durch die ihr zuteil werdende Bevorzugung bisher noch einigermaßen versorgt werden konnte, wird die Arbeitsmöglichkeit der Dampfmühlen, besonders der Großmühlen, in Frage gestellt. Die Kohlenausfuhr muß unter diesen Umständen natürlich auf das äußerste eingeschränkt werden.

— **Verbot polnischer Abzeichen.** Eine Polizeiverordnung ist vom Oberpräsidenten für die Provinz Westpreußen erlassen worden. Danach ist es verboten, polnische Abzeichen jeder Art und Form, insbesondere polnische Adler und Fahnen, in irgendeiner Weise öffentlich zu tragen, zur Schau zu stellen, zu verbreiten, feilzubieten oder sonstwie in den Verkehr zu bringen. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschrift werden, sofern nach den Gesetzen keine höhere Strafe verwirkt ist, mit Geldstrafe bis zu 60 Mk, im Unvermögensfalle mit entsprechender Haftstrafe, geahndet. Daneben bleiben die Behörden befugt, die Herstellung vorschriftsmäßiger Zustände im Sinne der Vorschrift herbeizuführen.

— **Vom Schleichhandel.** Gestern abend wurde von der Polizei in einer hiesigen Wirtschaft eine Polin verhaftet, die einen Zentner Wurst zum Preise von 11,40 M. das polnische Pfund zum Kauf anbot. Bei ihrer Festnahme gab die aus Polen stammende Frau an, von einem unbekannten Dritten hierzu den Auftrag erhalten zu haben. Die Wurst wurde nicht vorgefunden. Heute früh ist die Frau auf Grund des gestern erlassenen Gesetzes über den Belagerungszustand aus Thorn ausgewiesen worden.

— **Zur Lieferung von Granit- oder Basaltschotter und Kies für Neuschüttungen** 1. in der Culmer Chaussee von der Janitzen- bis zur Roßgartenstraße, 2. in der Wiesenstraße von der König- bis zur Schlachthausstraße, 3. in der Schlachthausstraße von der Leibitscherstraße bis zum Schlachthause, 4. in der Geretstraße von der Grützmühlen- bis zur Lindenstraße wurden auf dem Stadtbauamt folgende Angebote eingereicht: 1. J. Grosser, Thorn Granit 45.—, Basalt 49.—, Spließ 45—, Kies 19—, (gültig für alle vier Lose). 2. J. Bliske, Thorn Granit 47.—, Basalt 49.85, Spließ 46.55, Kies 18.—, (für alle vier Lose). 3. J. Wolff, Thorn Granit 44.50, Basalt 50—, Spließ 45.—, Kies 18.50, (für alle vier Lose). 4. G. Soppart, Thorn Granit 48.—, Basalt 53.—, Spließ 49.—, Kies 21—, (für alle vier Lose). 5. P. Meyer, Thorn für Los 1, 3 und 4 Granit 44.—, Basalt 47.80, Spließ 43,80, Kies 18,50, für Los 2 Granit 43.80, Basalt 47.80, Spließ 43.80, Kies 18.90.

Dt. Eylau. Von einem schweren Schicksalsschlage wurde die Familie Schibur in Försterei Lannoch betroffen. Frau Schibur, die in Dt. Eylau Einkäufe besorgt hatte, benutzte bei der Rückkehr den kurzeren Weg über die Eisdecke des Gerichtssees. Unweit Lannoch geriet sie in eine offene Stelle. Auf ihre Hilferufe eilte der Schwiegersohn zur Rettung herbei und brach ein. Ebenso erging es dem Manne und der Tochter der Frau Schibur. Durch eine Verkettung unglücklicher Umstände sind alle vier ums Leben gekommen. — Die Mörder des Rentenempfängers Radtke sind nunmehr in dem Musketier Seidlitz und in dem Musketier Post überführt worden. Beide haben ein Geständnis abgelegt. S. hat im Sommer 1918 wegen Einbruchsdiebstahls bei Radtke mehrere Monate Gefängnis erhalten. Als Grund der Ermordung des Radtke wird Rache angenommen.

Bekanntmachung.

Wir weisen hiermit nochmals auf die Bekanntmachung betr. der Sonntagsruhe hin; selbige bleibt bis zur reichsgesetzlichen Regelung unter den in der Verordnung angegebenen Bedingungen bestehen. Diese Verordnung gilt für den ganzen Sadtkreis Thorn.

Thorn, den 1. Februar 1919.

Der Arbeiter- und Soldaten-Rat.
Böhme. Goldak.

Heute früh erlöste ein sanfter Tod meinen herzinnigstgeliebten, guten Mann, unseren herzensguten, hochverehrten Onkel, den

Kaufmann

Anton Kessler

nach vollendetem 70. Lebensjahr.

Thorn, den 1. Februar 1919.

In tiefstem Schmerz:

Frau Anna Kessler
geb. **Schrader.**

Die Beerdigung findet am Montag, den 3. d. Mts., nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des altstädt. evangel. Friedhofes aus statt.



Am Freitag abend 10 1/4 Uhr entschlief sanft nach langem Leiden an einer im Felde zugezogenen Krankheit mein innigstgeliebter Mann, Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der langjährige

Bürochef des Stadttheaters

Alfred Reinhold

Um stilles Beileid bittet im Namen der Hinterbliebenen

Thorn, den 1. Februar 1919

Frau Selma Reinhold.

Die Ueberführung zum Bahnhof Mocker findet Montag nachmittag 3 Uhr vom Trauerhause, Konduktstr. 24, aus statt. Die Einäscherung erfolgt in Görlitz.



Am 31. Januar verschied nach langem schweren Leiden, welches er sich im Felde zugezogen hat, mein langjähriger Bürochef und Kassierer

Herr

Alfred Reinhold

Ich werde ihm in Anerkennung seiner treuen Mitarbeit stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Thorn, den 1. Februar 1919.

Direktor Hugo Hasskerl.

Am 28. Januar entschlief sanft nach schwerem Leiden in der Heilstätte Hohenkrug mein innigstgeliebter Mann, herzensguter Sohn, unser lieber Bruder, Schwiegersohn und Schwager, der Werkmeister der Fliegerbeobachterschule Thorn

Hermann Gartmann

im Alter von 28 Jahren.

In tiefer Trauer

Thorn-Stettin, den 30. Januar 1919

Frau Else Gartmann, geb. Mondry
Familie Gartmann
Familie Mondry.

Die Beerdigung findet am 1. Februar in Stettin statt.

Ruhe sanft!

Vortrag!

Thema:
„Verlassene, verlockte Lauben“
Sonntag, den 2. Februar, nachm. 4 Uhr, Culmer Chaussee 6. Eintritt frei.

Bin aus dem Felde

zurückgekehrt.

Fernsprechanschluß gebe noch bekannt.

B. Eigner
prakt. Tierarzt
Thorn-Mocker
Lindenstraße 40a, 1 Treppe.

Reisender,

der wirklich tüchtig, strebsam und durchaus erfolgreich eingeführt ist in Ost-, Westpr., Posen u. Pommern wird von Eisenwaren-Großhandl. als

Teilhaber

aufgenommen. Ferner wird ein

Einkäufer,

der absolut fachkundig u. langjährig erfahren sein muß, unter außerordentlich günstigen Bedingungen eingestellt. Ausf. Bewerbungen nebst Antrittstermin u. Zeugnisabschriften, die streng vertr. behandelt werden, erbeten unter Nr. 241 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

---

4 Schneider,

tüchtige Großstückarbeiter, finden auf Höchststücklohn dauernde Arbeit bei F. Unrau, Schneidermeister, Thorn-Mocker, Lindenstr. 46.

Eisarbeiter

stellt noch ein Thorner Brauhaus.

Köchin,

die auch Hausarbeit übernimmt, per sofort gesucht.

Neustädt. Markt 4, 1.

Ein neuer weißer

Damen-Salon, 1 Standuhr

billig zu verkaufen. Ang. u. P. 242 an die Geschäftsstelle der Zeitung

---

Hämmchen

Varietee und Cabaret
Gerechte-Straße

Ab 1. Februar 1919:

:: Neuer :: Spielplan.

Sonntag, den 2. Februar:

2 große 2 Vorstellungen

Nachm. 4 Uhr.
Abends 7 Uhr.

Wein-Diele.

Restaurant Nicolai.

Sonntag, den 2. Februar:

Familien-Kränzchen.

Conditorei & Café „Monopol“

Ab 1. Februar spielt in meinem Kaffeehaus täglich die

Welzer'sche Künstler-Kapelle
(5 Personen)

Die Kapelle besitzt ein grosses Notenrepertoir u. ist daher imstande, jeden Wunsch meiner Gäste zu befriedigen.

Reichskrone.

Abends ab 6 Uhr:

Tanzkränzchen

Saal im Hof! Der Wirt.

Bürgergarten.

Heute, Sonnabend, den 1 Februar, Anfang 6 Uhr:

großes Bockbier- u. Kappenfest

mit verschiedenen Ueberraschungen.

Sonntag, den 2. Februar:

Familien-Kränzchen

Anfang 4 Uhr.

Einen recht gemütlichen Abend versprechend, bittet um zahlreichen Besuch

Weitzmann

Tivoli

Heute, Sonnabend, den 1. Februar:

Familienkränzchen

Anfang 6 Uhr. Anfang 6 Uhr.

Tivoli

Sonntag, den 2. Februar:

Großes Streichkonzert

Anfang 4 Uhr. Anfang 4 Uhr.

Ziegelei-Park.

Sonntag, den 2. Februar 1919:

Großes Streichkonzert

ausgeführt von der Kapelle des Infanterie-Regiments 21 unter persönlicher Leitung des Obermusikmeisters **Grüneberg.**

Anfang 4 Uhr. Eintritt 50 Pf., Kinder 30 Pf.

Hochachtungsvoll

Gustav Behrend.

„Fürst Bülow“

Bachau

5 Minuten vom Bahnhof Thorn-Mocker

Jeden Sonnabend und Sonntag:

Großer Familienball

Musik vom Trompeterkorps des Feldartillerie-Regts. Nr. 81

Gut geheizte Räume. Kaffee und Kuchen.

Anfang 4 Uhr.

Es ladet freundlichst ein **Kremin.**

Versetzungshalber ist die von Herrn Generalarzt Goßner bewohnte

6 Zimmer-Wohnung

hochherrschaftlich mit Warmwasserheizung und reichlichem Zubehör, auf Wunsch Pferdestall und Wagenremise, Mellienstr. 28, (nächste Nähe der Stadt) per 1. 4. zu vermieten.

Friedrich Hecktor,
Breitestraße 32. Telefon 635.

Gehrock-Anzug

zu verkaufen Araberstr. 5, 3 Tr. r.

---

1 bis 2 möbl. Zimmer

mit Küchenbenutzung oder Kochgelegenheit sof. od. spät. ges. Ang. u. A. G. 240 a. d. Geschst. d. Ztg.

Stadt-Theater

Wegen Erkrankung des Herrn Wildt müssen beide Vorstellungen am Sonntag geändert werden.

Sonntag, 2 Februar, nachm. 3 Uhr: Ermäß. Preise! Zum letzten Male!

„Mein Leopold“.
(Nicht „Fahrt ins Glück“.)

Abends 7 1/4 Uhr! Zum 6. Male!

„Fürstenliebe“.
(Nicht „Das Dreimäderlhaus“.)

Bekanntmachung.

Mit Rücksicht auf den derzeitigen Belagerungszustand beginnen die

Abend-Vorstellungen

des Stadttheaters ab Dienstag, den 4 Februar, täglich schon um

7 Uhr abends,

sodaß die Vorstellung ohne Beeinflussung der künstlerischen Darbietungen immer um 10 Uhr beendet ist.

Dringliche Sitzung des

Lehrerausschusses

am Dienstag, den 4 Februar um 11 Uhr im Stadtverordneten-Sitzungssaale.

Erscheinen der übrigen Verbandsmitglieder sehr erwünscht.

Im Anschluß daran Besprechung des Lehrerrats.

Dr. Albrich.



Kriegerverein Thorn.

Am

Freitag, den 7. Februar,
abends 8 Uhr,

Generalversammlung

im „Tivoli“ und Begrüßung der aus dem Felde heimgekehrten Kameraden. — Freibier. —

Zahlreiches Erscheinen wird erwünscht

Der Vorstand.

Deutsche Turnerschaft

Turn-verein Thorn e. V.

Kreis I N. O. — Oberweichselgau.

Der Turnbetrieb

wird in allen Abteilungen bis zum 8. Februar eingestellt.

Der Turnrat.

[Stenographische Zeile]

Die Uebungsstunden

fallen der Kälteferien wegen aus und beginnen wieder Montag, den 10. Februar. Kursus unter 100 Silben Montag und Mittwoch, über 100 Silben Montag u. Freitag 7–8 Uhr.

Der Anfängerkursus beginnt ebenfalls Montag, den 10. Februar, abends 8 Uhr und sind die Anmeldungen dazu nochmals schriftlich an Fl. Fliege (Büro Justizrat Warda, Klosterstr.) zu wiederholen.

Der Vorstand des Stenographenvereins Stolze-Schrey.

[Stenographische Zeile]

Die regelmäßigen

Uebungen

beginnen **Montag, den 10. d. Mts.,** abends 8 Uhr im Lyzeum.

Nilson.

Eine herrschaftliche

7-Zimmer-

Wohnung

mit Gas, elektr. Licht, Mädchenstube und sämtlichem Zubehör, sowie Stallungen und Remise vom 1. April zu vermieten. Zu erfragen

Viktoria-Park.

!! Entlaufen !!

Mein Teckelhund, schwarz, mit braunen Pfoten, schweren Schlages, auf den Namen

Peter

hörend, ist mir entlaufen. Wiederbringer erhält Belohnung.

Neubecker,
— Brombergerstraße 90, 1. —

Thorner Zeitung

Nr. 28. Beiblatt. Ostdeutsche Zeitung und Generalanzeiger **Sonntag, 2. Februar 1919**

Die Stätte der deutschen Nationalversammlung.

In wenigen Tagen wird die deutsche Nationalversammlung im Neuen Theater zu Weimar zusammentreten. Aufgaben von größter historischer Bedeutung werden in dieser Stadt, die verklärt ist von den Erinnerungen an Deutschlands erhabenste dichterische Geister, an die Männer herantreten, die nun nach dem Zusammenbruch des Reiches neue Zukunft schmieden sollen. Aus der stillen kleinen, durch eine ruhmvolle Ueberlieferung geadelten Stadt ist ein Forum geworden, auf das sich die Blicke aller Deutschen richten. Und so wie die Musenstadt Weimar mit einem Male der Brennpunkt allen großen Lebens wurde, so ist auch die Stätte, an der die Nationalversammlung tagen wird, das neue Weimarer Theater aus der Enge seiner künstlerischen Aufgaben in den unendlich weiten Horizont größter politischer Bedeutung gerückt. Um die Wende des 20. Jahrhunderts im Januar 1908, erhielt die Stadt an der Stelle des alten, 1825 erbauten Theaters, das längst zu klein, unzureichend und baufällig geworden war, ein deutsches Schauspielhaus großen Stils. Der 11. Januar des Jahres 1908 bedeutete für die Stadt, die nur mehr von Erinnerungen und Traditionen gelebt hatte, nach einem Menschenalter wieder einen großen denkwürdigen Tag. Und nun, elf Jahre später, knüpft sich an diese Stätte, die zu anderen Aufgaben berufen war, ein Intermezzo von größter völkischer Bedeutung. In ruhiger, sicherer Größe steht der Bau da. Zweckmäßigkeit und Schönheit sind in seinen Linien vereint. Diese Ruhe und Sicherheit, diese zweckdienliche Schönheit mögen ein Symbol sein für die Werte, die hier zur Stärkung und Einigung des Reiches geschaffen werden sollen. Der äußere Charakter des zur Pflege der weimarischen Tradition bestimmten Baues paßt sich der schlichten Architektonik des Stadtbildes an. Das Haus ist in einem durchaus vornehmen, vom Geist der neuen Zeit beeinflußten Empirestil gehalten. Der Atem der Klassizität weht um diese Stätte, die gediegen ist in ihrer Werkarbeit, edel in ihrem Schmuck. Die Vorderfront mit den sechs dorischen Säulen des Hauptportals ist ein würdiger Hintergrund zu Rietschels Doppelstatue von Schiller und Goethe. Der Zuschauerraum, in blassem Grün, Weiß und Gold gehalten, von einer kassettierten Decke überdacht, mit den antik verzierten Ranabalustraden versetzt den Eintretenden in eine ruhige feierlich-heitere Stimmung. Den edelsten Schmuck erhielt der Saal durch die Wandfriese, die sich in die feine Klassizität des Raumes aufs glücklichste einfügen. Ludwig von Hoffmanns Tanzreigen, die alle Stimmungen, vom Bacchanalischen der Dionysoszüge zum Festlich-Heiteren der Grazien und zum Tragischen der Erinnyen durchlaufen, und Sascha Schneiders schwebende Gestalten, die Leben, Liebe und Tod symbolisieren, ziehen in diesen Frieden am Auge vorbei. Meister Brütt und seine Schüler haben die weißen Pilaster mit den Reliefporträts von Dichtern und Musikern geschmückt. Diese Porträts sind edelster Karara Marmor. Der Zuschauerraum hat gegen das alte Haus mehrere hundert Sitzplätze gewonnen, am meisten wurde natürlich entsprechend den modernen bühnentechnischen Aufgaben der Bühnenraum erweitert. Die Erbauer des Theaters, die Münchener Architekten Heilmann und Littmann, haben hier ein Werk von größter Schönheit und Zweckmäßigkeit geschaffen. Was Goethe am 15. Februar 1808 geschrieben hat: „Auf dem weimarischen Hoftheaer, darf man sich schmeicheln, in diesem Zeitraume solche Fortschritte gemacht zu haben, wodurch es die Zufriedenheit der Einheimischen und die Aufmerksamkeit der Fremden verdienen konnte“, dieses Wort gilt in einem anderen, in einem neuen Sinne für das große nationale Schauspiel, das sich in wenigen Tagen an dieser Stätte entrollen wird. Vom Nationalfestspielhaus zur Nationalversammlung, fürwahr, es ist ein großer Schritt. Im Abglanz von Erinnerungen tritt die Nationalversammlung zusammen. Möchte doch auch die Erinnerung an sie dereinst eine so leuchtende und mit dem geistigen Volksbewußtsein ebenso innig und glücklich verknüpfte Erinnerung bedeuten.

Aus Stadt und Land.

Thorn, den 1. Februar 1919.

Kriegsplauderei.

Die abgelaufene Woche stand vorwiegend unter dem Eindruck der Wahlen zur preußischen Landesversammlung. Die deutsche demokratische Partei kann mit dem Gesamtergebnis durchaus zufrieden sein, wenn es auch in einzelnen Wahlkreisen den Gegnern gelungen ist, gegenüber den Wahlen zur Nationalversammlung kleine Vorteile zu erringen. Auch in der preußischen Landesvertretung wird die Mehrheitssozialdemokratie zwar die stärkste Gruppe stellen, aber selbst mit den Unabhängigen zusammen nicht über die Mehrheit verfügen. Um sie zu erhalten, wird sie sich an die rechts von ihr Stehenden wenden müssen. Hier aber ist zunächst die Deutsche demokratische Partei in der Lage, bei den Abstimmungen mit der Sozialdemokratie eine Mehrheit zu schaffen oder ihr die Hilfe zu versagen. Die früher ausschlaggebende Stellung des Zentrums ist damit an die Demokratie übergegangen. Wie weit sich etwa das Zentrum mit den beiden genannten Parteien an der Mehrheitsbildung beteiligen wird, ist noch eine offene Frage. Daß es sich zu einem festen Verhältnis mit der Linken entschließt, erscheint zweifelhaft. Ganz zusammengebrochen ist der bisher überragende Einfluß der Konservativen in Preußen. Die Deutschnationalen und die deutsche Volkspartei verfügen zusammen nur über etwas mehr als ein Sechstel aller Stimmen. Sie werden also nur geringen Einfluß auf die Neugestaltung der Dinge haben. Unter diesen Umständen nehmen sich die Freudentänze, die in Deutschnationalen Blättern hie und da aufgeführt werden, äußerst possierlich aus. Worüber freuen sie sich denn so unbändig? Offenbar darüber, daß die Niederlage der in der deutschnationalen Partei versammelten Rückschrittler nicht ganz so vernichtend war, wie sie erwartet hatten. Also noch weniger hatten sie erhofft. Müssen die aber ein schlechtes Gewissen gehabt haben! Das Vergnügen, die Niederlage in einen Sieg umzudichten, kann man ihnen gerne gönnen. Es ist ein schwacher Trost für sie.

Hier im Osten des Reiches verfolgen wir mit wachsender Spannung die Kämpfe zwischen den Verbänden des deutschen Grenzschutzes und polnischen Bewaffneten mit oder ohne Uniform. Anfangs der Woche gab es in Culmsee einen ernsten Zusammenstoß, bei dem schließlich die Grenzschutztruppen die Oberhand behielten. Auch die Lage in Ostpreußen ist, wie wir von zuständiger Stelle hören, bedenklich ernst. Der 8. Armee stehen beispielsweise mehrere bolschewistische Divisionen gegenüber. Der 10. Armee etwa 30 000 Mann. Dabei ist zu bedenken, daß die beiden deutschen Armeen nur von unzureichender Kopfstärke sind. Die polnische Wühlarbeit in Westpreußen und der polnische Vorstoß nach Norden erschweren die Verteidigungsmaßnahmen gegen den Bolschewismus in höchstem Maße. Der Vollzugsrat in Königsberg und verschiedene örtliche A.- und S.-Räte versuchen die Oeffentlichkeit durch unrichtige Meldungen zu beruhigen. Demgegenüber muß jedoch festgestellt werden, daß die Lage durchaus als ernst zu bezeichnen ist.

Leider erscheint gleichzeitig die wirtschaftliche Lage außerordentlich bedrohlich. Alles hängt von der Kohle ab. Bis vor kurzem hatten wir noch große Vorräte. Doch diese sind jetzt aufgebraucht. Man erklärt sich an der für die Kohlenversorgung maßgebender Stelle für vollkommen machtlos, wenn nicht die zuständigen Regierungsstellen mit aller Entschiedenheit durchgreifen.

Dazu kommt der immer empfindlichere Mangel an Nahrungsmitteln. Die Unzufriedenheit, die dadurch erregt wurde, wandte sich vor der Revolution an vielen Orten gegen die mit der Verteilung betrauten Behörden. Dann kamen die Arbeiter- und Soldatenräte, die in das Verteilungwesen Einblick verlangten. Aber die manchen erhoffte Besserung konnten auch sie nicht bringen, da es eben an allem Nötigen fehlt. Hier in Thorn wurde uns kürzlich Bohnenkaffee in Aussicht gestellt. Wann werden wir davon bekommen? Hoffentlich recht bald; denn jedermann sehnt sich danach. Zwar ist er kein Nahrungs- sondern nur ein Genußmittel, aber in einer Zeit, wo es an allem und jedem gebricht, ist man für alles dankbar, was einen über die Not hinwegtäuscht. Am schlimmsten ist ja die Fettnot. Gegenwärtig trifft es auf den Kopf der Bevölkerung kaum fünf Gramm Fett täglich!

Seit vielen Tagen berät nun schon die Schar unserer Feinde in Paris, wie die Welt verteilt werden soll. Uns, das Siebzig-Millionenvolk, das Volk der Arbeiter, Dichter und Denker, hat noch niemand um seine Meinung gefragt. Wir stehen beiseite und warten auf die gnädige Zulassung zur Unterschrift. Jede Mitbestimmung über unser Schicksal, über unsere Zukunft, unser Sein oder Nichtsein soll uns versagt bleiben. So soll es noch monatelang weitergehen. Der französische Außenminister hat erklärt, daß der Beginn der allgemeinen Friedensverhandlungen auf den 10. Man festgesetzt worden ist. Das bedeutet also, daß man sich noch sage und schreibt $3\frac{1}{2}$ Monate um das Fell des von der Meute zur Strecke gebrachten Bären streiten will. Erst am 10. Mai sollen deutsche Unterhändler zur Unterschrift des Friedensdokumentes zugelassen werden. So also soll der „Friede der Versöhnung und Gerechtigkeit“ aussehen, auf den sich sämtliche Ententemächte vor Jahr und Tag feierlich festgelegt haben. Es ist ein ebenso gefährliches wie frevles Spiel, das unsere Gegner treiben. Sie vergessen, daß wir, so sehr wir heute auch in äußere und innere Nöte verstrickt sind, immer noch das Siebzigmillionenvolk vorstellen, immer noch das Herz des europäischen Festlandes sind, ohne dessen ordnungsmäßiges Schlagen unser Erdteil niemals das gesunde Lebensblut erhalten kann. Das Zerrbild eines Friedens soll uns aufgenötigt, ein Völkerbund soll aufgerichtet werden, der nur die Dauer dieses Zerrbildes verewigt. Haben unsere Gegner noch immer nicht aus der Geschichte gelernt, wie schwer sich jedesmal die Ausübung roher Gewalt gerade an jenen gerächt hat, die sich ihrer bedient haben? Umnebelt auch heute noch der Blutrausch ihre Augen so sehr, daß sie nicht erkennen: eine neue Welt, ein neuer Friede könne nur dann aufgerichtet werden, wenn er von Gleichberechtigten vorbereitet, von Gleichberechtigten verbürgt wird? In feierlicher Weise wollen wir es hier erklären: der Friede, den die Feinde anstreben, trägt schon bei seiner Geburt den Todeskeim in sich. Nie wird sich das Volk der Deutschen damit zufrieden geben, als eine Schaar von Parias und Entrechteten, gefesselt an den Wagen hohnlachender Sieger, durch das Leben zu keuchen. Werden ihm heute Fesseln angelegt, die es erdrücken müssen, wenn es sie weiter trägt, dann wird es sie später einmal zersprengen. Dann wird es von neuem aufstehen gegen diejenigen, durch deren verbrecherischen Sinn der Pariser Friede für uns zur Kette werden soll. Nicht oft genug kann es in die Welt hinausgeschrieen werden: wir beugen uns nicht, und wenn es heute auch sein muß, so sprengen wir doch morgen das Joch, das unsern Kindern den Lebensatem nehmen will. Deutsch sein, heißt heute mehr wie je frei sein wollen. In schwerster Not haben wir uns durchgerungen zur Freiheit im Innern. Wir werden es auch verstehen, wenn nicht heute, so morgen, uns die Freiheit nach außen zu wahren, ohne die ein Leben nicht möglich ist.

Briesen Zwei Eisenbahndieben ist hier durch energisches Eingreifen des Bahnhofsvorstehers Päth das Handwerk gelegt worden. Während der Nacht waren aus einem Güterwagen, der Lebensmittel für das Ostkommando enthielt, 376 Pfund Rindfleisch und 18 Brote gestohlen worden. Der Verdacht lenkte sich sofort auf den wachthabenden Unteroffizier und einen Posten der Bahnhofswache. Sie wurden beide mit Hilfe der vorgesetzten militärischen Stellen (Inf.-Regt. 61) verhaftet. Der Unteroffizier ist in der Nähe von Briesen zu Hause. Da die bisherigen Mannschaften der vom Ostschutz gestellten Bahnhofswache aus sehr jugendlichen Personen und ziemlich viel Polen bestand, wurde der Bahnhofsschutz einem Badenser Kommando, dem ältere, zuverlässige Leute angehören, übertragen.

Riesenburg. Tödlich verunglückte der Besitzer Götzke von Scheipnitz, indem er von seinem mit Klobenholz beladenen Wagen auf dem abschüssigen Wege bei Titelshof fiel, am Halse überfahren wurde und nach einer Stunde seinen Verletzungen erlag. — Verbrannt ist das 75 Jahre alte kranke Fräulein Johanna Kalies in ihrer am Schloßplatz gelgenen Wohnung. Sie wurde neben ihrem Bette gefunden; die Wohnung ist ausgebrannt. Als Ursache des Unglücks wird Anbrennen der Betten durch das Nachtlicht angenommen.

Riesenburg. Pferdediebstahl. Vier vor einigen Tagen aus dem immobilen Pferdelazarett 101 hier gestohlene Pferde sind ermittelt worden. Zwei davon wurden bei einem hiesigen Abbaubesitzer B., die anderen bei einem Fleischer bei Marienwerder ermittelt und zurückgeführt.

Eingesandt.

Für Veröffentlichungen an dieser Stelle übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung

Empörung und Erbitterung empfindet Herr Wiener! Und wir durften das nicht bei den fortgesetzten Angriffen gewisser demokratischer Redner, wenn einseitig Adel, Diplomaten, Offizierkorps und Großgrundbesitzer in den Staub gezogen wurden? In solcher Empörung sprach ich zum Herrn Redakteur Schmid: „Das geht so nicht weiter! Derartiges kann sich unsere Partei nicht bieten lassen!“ Als ich darum bei nächster Gelegenheit solche Kampfesweise geißelte, fuhr ich fort: „Was würden Sie von mir sagen, wenn ich sagte, daß in Thorn die jüdischen Kaufleute während des Krieges in der Breitenstraße gewesen oder, wenn sie hinausgegangen nur bis in die Schreibstuben gekommen sind? Sie würden mir Verhetzung vorwerfen!“ Unbestreitbar ist nun die Tatsache, daß in allen Berufsständen, bei Arbeitern, Beamten, Soldaten und nicht zum wenigsten den Parteigenossen des Herrn Wiener selbst, derartiges gesprochen worden ist. Ich habe mir das nicht zu eigen gemacht; habe aber an diesem Beispiel zeigen zu können geglaubt, wie gefährlich es ist, Einzelfälle zu verallgemeinern u. im politischen Kampfe zur Herabsetzung der Gegner zu gebrauchen. — Von Anfang an galt für unsere Partei als Richtlinie, den Wahlkampf nicht in persönlich gehässiger Weise zu führen. Ich weise es zurück, diese Linie verlassen zu haben. Oder sollte die Betonung des deutschen völkischen Standpunktes allein schon genügen, mich bei Herrn Wiener verdächtig zu machen?

Mittelschullehrer K. Paul.

Hierzu habe ich zu bemerken, daß nach meinen an Ort und Stelle gemachten Aufzeichnungen Herr Paul sein abfälliges Urteil über das Verhalten der jüdischen Kaufleute ohne die von ihm nachträglich hinzugefügte Einschränkung ausgesprochen hat. Auch aus dem Sinne seiner Ausführungen konnte ich nicht entnehmen, daß er einen solchen Vorbehalt beabsichtigte. Da Herr Paul auf seinen Vortrag im Fort York zurückkommt, sei darüber noch folgendes mitgeteilt: Es handelte sich dort um Aufklärungsvorträge vor Soldaten durch Redner der verschiedenen Parteien. Als Vertreter der Deutschnationalen Partei war Herr Paul, als Vertreter der demokratischen Partei war ich erschienen, während die sozialdemokratische Partei auf die Beteiligung verzichtete. Bei einem ähnlichen Anlaß hatte ich Gelegenheit, neben Herrn Staatsanwalt Bennecke zu sprechen. Da es sich nicht um eine öffentliche politische Versammlung sondern um eine Entwicklung der Parteianschauungen vor den Zuhörern handelte, bemühten wir uns, möglichst sachlich zu bleiben, und vermieden es, uns gegenseitig anzugreifen. Vor Beginn der Vorträge im Fort York machte ich Herrn Paul den Vorschlag, es damit ebenso zu halten, da es nach meiner Auffassung keinen Zweck habe, vor einer in die Erörterung nicht eingreifenden Zuhörerschaft einen politischen Hahnenkampf aufzuführen. Herr Paul ging zunächst auf diese Verabredung ein, und ich, der ich durch das Los bestimmt war, als erster zu sprechen, hielt mich streng daran. Zu meiner Ueberraschung nutzte er aber dann den Umstand daß er nach mir sprach, dazu aus, fortgesetzt an meinen Ausführungen einzuhaken. Als ich ihn nachher darauf aufmerksam machte, daß das gegen die Verabredung war, meinte er, das sei eben in der Hitze des Gefechtes geschehen. Solcher Mangel an Selbstbeherrschung erklärt vielleicht manches in dem öffentlichen Auftreten des Herrn Paul, ohne alles zu entschuldigen. Jedenfalls scheint er mir kein Recht zu haben, anderen Verhetzung und unvornehme Kampfesweise vorzuwerfen.

O. Schmid.

Literarisches.

Der Mutterhof, ein Hallig-Roman von Felicitas Rose, Deutsches Verlagshaus Bong u. Co. Berlin W. 57. Felicitas Rose, die Dichterin des Heideschulmeisters Uwe Karsten, ist langsam zu einer echten, rechten Künstlerin emporgereift und ihr neues Werk „Der Mutterhof“ legt ein starkes Zeugnis ihres reifen Könnens ab. Hier ist nichts mehr von jener leichten Neigung zur Rührseligkeit, wie sie sogar bei den besten Schriftstellerinnen der Gegenwart hin und wieder störend begegnet. Hier ist alles ruhig, groß stark, sicher und schicksalsvoll, und unsere Lungen, die im Augenblick so viel schlechte Luft einatmen, lüften sich in dieser herben, frischen, friesischen Bauernatmosphäre einmal tüchtig aus. Auf dem Mutterhof gilt für die einziehende Hausfrau der uralte Wahrspruch vom Segen der Fruchtbarkeit, und wie ein dunkler Schatten, wie eine schwere Tragik hängt es über der jungen Frau Maren, der das Schicksal Mutterglück verweigert. Aber sie geht tapfer und aufrecht ihren Weg und bricht nicht einmal zusammen, als ihr Gatte Detlef Holgers, ein prachtvoller, friesischer Starrkopf, sich in leiser Enttäuschung von der Unfruchtbaren abwendet und sich in der Ferne in öffentlicher Tätigkeit für das Gemeinwohl vergräbt, um sein häusliches Unglück zu vergessen. In der Psychologie dieses jungen Bauern hat die Dichterin Meisterliches geleistet und die flüssige Grenzlinie zwischen dem rein Menschlichen und dem sozialen Vorurteil auf das glücklichste zu ziehen gewußt.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 2. Februar 1919.

Altstädt. evangel. Kirche. Vormittag 10 Uhr: Gottesdienst. Herr Pfarrer Lic. Freytag Nach der Predigt Beichte und Abendmahl. Herr Pfarrer Lic. Freytag. Vorm. $11\frac{1}{2}$ Uhr: Kindergottesdienst. Derselbe. Abendmahlsfeier. Nachm. 6 Uhr: Gottesdienst Herr Pfarrer Jacobi. Kollekte zur kirchlichen Unterstützungskasse.

Neustädt. evangel. Kirche. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst. Herr Superintendent Waubke. Darauf Beichte und Feier des heil. Abendmahls.

Garnisonkirche. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst, im Anschluß Beichte und Feier des heiligen Abendmahls für die gesamte Militärgemeinde. Herr Divisionspfarrer von Jaminet. **Amtswoche:** Herr Divisionspfarrer von Jaminet.

Reformierte Kirche. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst. Herr Pfarrer Arndt.

Evangelisch lutherische Kirche (Bachestraße). Vorm. $9\frac{1}{2}$ Uhr: Predigt-Gottesdienst mit Abendmahl. Beichte $9\frac{1}{4}$ Uhr. Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst. Herr Pastor Wohlgemuth.

St. Georgenkirche. Vorm. $9\frac{1}{2}$ Uhr: Gottesdienst. Herr Pfarrer Heuer. Danach Beichte und Abendmahl. Vorm. $11\frac{1}{2}$ Uhr: Kinder-Gottesdienst. Herr Pfarrer Johst. Nachm. 5 Uhr: Gottesdienst. Herr Pfarrer Johst. Kollekte für die Armen der Gemeinde.

Gemeinschaft für entsch. Christentum, Baderstraße 28. Hof-Eingang. Evangelisations-Versammlungen jeden Sonn- und Feiertag nachmittags $4\frac{1}{2}$ Uhr, Bibelstunden, jeden Dienstag u. Donnerstag abds.

Baptistengemeinde (Heppnerstraße). Vorm. $9\frac{1}{2}$ Uhr: Gebetsstunde. Vormittag 10 Uhr: Predigt. Herr Prediger Wesser. Vorm. $11\frac{1}{2}$ Uhr: Sonntagsschule. Vorm. $11\frac{1}{2}$ Uhr: Bibelklasse. Nachm. 3 Uhr Predigt. Nachm. $4\frac{1}{2}$ Uhr: Gemeindeversammlung. Herr Pred. Wesser. Nachm. 6 Uhr: Jugendverein.

Gemeinschaft innerhalb der Landeskirche. Evangelisationskapelle Culmer Vorstadt (am Bayerndenkmal). Früh $8\frac{1}{2}$ Uhr: Gebetstunde. Nachmittag 2 Uhr: Kinder-Gottesdienst Nachm. $4\frac{1}{2}$ Uhr: Evangelisations-Versammlung. Nachm. 6 Uhr: Jugendbund. — Mittwoch abds. 7 /4 Uhr: Bibelstunde.

Thorner ev.-kirchl Blaukreuz-Verein. Nachm. 3 Uhr: Versammlung in der Aula der Mädchen-Mittelschule, Gerechtestraße 4 (Eingang Gerstenstr.). Jedermann willkommen.

Christlicher Verein junger Männer, Tuchmacherstr. 1. Nachm. 4 Uhr: Versammlung.

Bekanntmachung.

Unter dem Pferdebestand des Baugewerksmeisters G. Soppart, Nonnenstraße Nr. 3 (Holzplatz) ist die Räude ausgebrochen.

Thorn, den 29. Januar 1919.

Die Polizei-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Bei Spiller, Mellienstraße 79, ist unter den Pferden die Räude ausgebrochen.

Thorn, den 30. Januar 1919.

Die Polizei-Verwaltung.

Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung

am Mittwoch, den 5. Febr. 19.9, nachmittags 3½ Uhr.

Tagesordnung:

1. Rechnungslegung der Gewerbekasse für das Rechnungsjahr 1917.
2. Rechnungslegung der Gewerbeschule und gewerblichen Fortbildungsschule für das Rechnungsjahr 1916
3. Rechnungslegung der Theater-Verwaltung für das Rechnungsjahr 1916.
4. Rechnungslegung der Schlachthofs-Verwaltung für das Rechnungsjahr 1916.
5. Nachbewilligung von 500 M. zu Ausgabe-Titel IV, 1 des Haushaltsplans des Waisenhauses.
6. Nachbewilligung von 550 M. zu Ausgabe-Titel III, 1a des Haushaltsplans für das Artusstift.
7. Nachbewilligung von 750 M zu Abschn. B Ausgabe-Titel VI, 1 des Haushaltsplans des Lyzeums und Oberlyzeums.
8. Nachbewilligung von 40 M. zu Ausgabe-Titel III, 1 des Haushaltsplans der Mädchen-Mittelschule I.
9. Nachbewilligung von 800 M. zu Ausgabe-Titel IV, 1 des Haushaltsplans der I. Gemeindeschule.
10. Nachbewilligung von 356,45 M. zu Ausgabe-Titel IV, 1 des Haushaltsplans der III. Gemeindeschule.
11. Nachbewilligung von 372,01 M. zu Ausgabe-Titel IV, 1 des Haushaltsplans der IV. Gemeindeschule.
12. Nachbewilligung von 1136,11 M. und 871,58 M und 403,20 M. zu Ausgabe-Titel III, 1 des Haushaltsplans der Gemeindeschulen Thorn-Mocker.
13. Nachbewilligung von 78,08 M. zu Ausgabe-Titel IV, 1 des Haushaltsplans des Katharinen-Hospitals
14. Nachbewilligung von 194 M. zu Ausgabe-Titel III, 1 des Haushaltsplans des Bürger-Hospitals.
15. Kenntnisnahme von dem Dankschreiben des Oberbürgermeisters Dr. Bender für die Glückwünsche zu seinem 70. Geburtstage.
16. Kenntnisnahme von der Versicherung des Kämmerers, daß die zum 1. April 1919 gekündigten Wertpapiere aus städtischem Vermögen ordnungsmäßig eingelöst werden.
17. Wahl des stellv. Armen- und Bezirksvorstehers des 11. Bezirks.
18. Nachbewilligung von 85 M. zu Ausgabe-Titel VI, 5 des Haushaltsplans des Krankenhauses (Fernsprechgebühren)
19. Nachbewilligung von 466 M zu Ausgabe-Titel VII des Haushaltsplans des Krankenhauses zum Ankauf eines Verbandsstoff-Sterilisators.
20. Nachbewilligung von 200 M. zu Ausgabe-Titel VII des Haushaltsplans des Krankenhauses zum Ankauf eines Operationstisches.
21. Nachbewilligung von 2473,10 M. zu Ausgabe-Titel III, 6 des Haushaltsplans des Krankenhauses.
22. Nachbewilligung von 450 M. zu Ausgabe-Titel VII des Haushaltsplans des Krankenhauses zur Anlage eines Laugenfilters.
23. Zustimmung zur Einstellung von 1000 M. als einmalige Ausgabe in den Haushaltsplan des Krankenhauses für das Jahr 1919 zur Anschaffung von Türschließern und zum Ankauf von Brettern und Latten zur Herrichtung von Wirtschaftsinventar.
24. Zustimmung zur Einstellung von 2175 M. und 908,75 M. als einmalige Ausgabe in den Haushaltsplan des Krankenhauses für das Jahr 1919 zur Anschaffung von Maschinen für den Küchenbetrieb und zur Herstellung einer Heißwasserbereitungsanlage.
25. Zustimmung zur Wiederinstandsetzung der Warmwasserversorgungsanlage im roten Block des Krankenhauses und Bewilligung von 1 500 M., zusätzlich zu Titel V, Ziffer 1 a des Ausgabe - Haushaltsplans des Krankenhauses.

Nichtöffentliche Sitzung.

26.– 30 Personalsachen.

Thorn, den 1. Februar 1919.

Der Vorsteher der Stadtverordneten-Versammlung.
Wartmann

Bekanntmachung.

Die Reichsregierung hat unter dem 23. 12 18 eine Verordnung über Tarifverträge Arbeiter- und Angestelltenausschüsse sowie Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten herausgegeben.

Darnach sind in allen Betrieben, Verwaltungen und Büros, in denen in der Regel mindestens zwanzig Arbeiter bezw. Angestellte beschäftigt werden, Arbeiter- oder Angestelltenausschüsse zu errichten. Auch die Betriebe, in denen bisher ständige Arbeitsausschüsse oder Arbeitervertretungen gemäß § 131h der Gewerbeordnung bestanden und deshalb Arbeiterausschüsse nach § 11 des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst nicht errichtet worden sind, fallen unter diese neue Verordnung.

In allen Betrieben, in denen nach § 11 des vorgenannten Gesetzes ständige Arbeiter- oder Angestelltenausschüsse bestehen, sind die Mitglieder dieser Ausschüsse und die Ersatzmänner neu zu wählen.

Unter diese Verordnung fallen auch alle Betriebe, Verwaltungen und Büros des Reichs, der Bundesstaaten, der Gemeinden und der Kommunalverbände.

Alle zur Stadtgemeinde Thorn gehörenden Arbeitgeber, Unternehmer, Betriebe, Verwaltungen und Büros, bei denen die genannte Verordnung zutrifft, werden daher aufgefordert, die Wahl der Arbeiter- bezw. Angestelltenausschüsse umgehend vorzunehmen und vom Geschehenen dem Magistrat, Dem-Ausschuß, Kenntnis zu geben.

Die einzelnen Bestimmungen über die Wahl der Ausschüsse usw. können im Rathaus, Zimmer Nr. 1, eingesehen werden.

Thorn, den 28. Januar 1919

Magistrat,
Domobilmachungs-Ausschuß.

Bekanntmachung.

Bei Kiefer, Culmer Chaussee 63, ist unter den Pferden die Räude ausgebrochen.

Thorn, den 30. Januar 1919.

Die Polizei-Verwaltung.

Bekanntmachung.

„Es wird beabsichtigt, den Teil des Treposcher Weges zwischen der Gemarkungsgrenze mit Mocker und der Leibitscher Chaussee einzuziehen. Nach § 57 des Zuständigkeitsgesetzes wird dieses Vorhaben mit der Aufforderung bekannt gegeben, eventl. Einsprüche hingegen während der Zeit vom 1. 2. bis 1. 3 1919 zur Vermeidung des Ausschlusses bei der Polizei-Verwaltung Thorn geltend zu machen. Der zugehörige Lageplan kann im städt. Vermessungsamt, Rathaus, Zimmer 44, eingesehen werden."

Thorn, den 29. Januar 1919.

Die Polizei-Verwaltung

Die Abfuhr der Abort-, Asch- und Müllstoffe aus verschiedenen Garnisonanstalten im Rechnungsjahr 1919 soll an den Mindestfordernden vergeben werden. Termin hierzu

Montag, den 10. Februar 1919,
vormittags 11 Uhr

im Geschäftszimmer. Bedingungen und Muster zu Angeboten liegen dort aus.

Garnisonverwaltung Thorn.